

Punkte 13 + 14 Bau der neuen Kindertagesstätte „Oberlache“

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns in der Fraktion, wenn wir darüber entscheiden dürfen, etwas für die Jüngsten unserer Gesellschaft zu tun. So wie in vorliegender Beschlussvorlage darüber entschieden werden soll, ob in der Oberlache West eine Kindertagesstätte gebaut wird. Leider wird die Freude in diesem Fall aber deutlich getrübt.

Lassen Sie mich zur Erklärung kurz rekapitulieren. Die SEL verkaufte im Jahr 2015 die Fläche 751 in der Oberlache West an einen privaten Investor mit der Auflage, dass das Grundstück innerhalb von drei Jahren bebaut werden muss. Dieser Auflage kam der Investor bis zum Jahr 2018 nicht nach. Es wurde ihm eine weitere Frist von einem Jahr eingeräumt, dass Gelände zu bebauen. Nach Ablauf dieser Frist kam es zu einem juristischen Verfahren, in dessen Folge die o. g. Fläche laut Beschlussvorlage im Dezember 2020 an die SEL rückübereignet wurde.

Da das Grundstück in der Bedarfsplanung für die Jahre 2019 bis 2021 bereits eingeplant ist, hat man im Rathaus wohl spätestens ab 2019 mit einem positiven Ausgang des Verfahrens für die Stadt Lampertheim gerechnet. Dennoch vergeht sehr viel Zeit, bis die Kommunalpolitik am 09.02.2021 über den Aufstellungsbeschluss für die neue Kindertagesstätte offiziell informiert wurde. Und zwar im letzten Stadtentwicklungs-, Energie- und Bauausschuss durch die vorliegende Beschlussvorlage.

Da stellten sich in dieser Sitzung am 09.02.2021 über alle Fraktionen hinweg viele Fragen. Nachfolgend ein kleiner Auszug:

1. Warum werden uns keine Alternativen vorgestellt, über die diskutiert werden kann und warum werden wir überhaupt erst zu einem so späten Zeitpunkt offiziell über die Planungen informiert?
2. Warum wird die Kita in einem Mischgebiet mit überwiegender Gewerbeansiedlung errichtet?
3. Warum wird die Kita nicht möglichst nah an einem Bedarfsgebiet gebaut? Analog der Kita Farbenfroh im Gleisdreieck. Zumal diese nur 300 Meter Luftlinie entfernt liegt. Wo bleibt hier die CO₂-Bilanz für die Bring- und Holfahrten?
4. Wie wirkt sich die Siedlerstraße als Sackgasse auf die zu erwartende Verkehrszunahme aus?
5. Es besteht keine Erweiterungsmöglichkeit, da die Fläche sehr klein ist. Eine Erweiterung ist aber i. d. R. immer günstiger, als ein kompletter Neubau. Warum wird hier nicht zukunftsorientiert geplant?

Ich könnte den Fragekatalog noch eine Weile weiterführen, verzichte aber darauf. Als Antwort bekommen wir vom Bürgermeister mitgeteilt, dass sehr wohl Alternativen geprüft wurden. Die Fläche in der Oberlache West aber der Verwaltung als am geeignetsten erscheint. Außerdem drohen Fördergelder zu verfallen, wenn man nicht zeitnah mit dem Bau anfängt. Deshalb hätte sich Herr Störmer, ich zitiere: „[...] einen Schulterchluss mit der Politik gewünscht.“

Ja, einen Schulterschluss mit der Verwaltungsspitze hätte ich mir bei vielen anderen Themen auch gewünscht. Z. B. frühzeitig bei der Verschwenkung der Ultramet-Trasse. Diesen aber nur dann einzufordern, wenn die eigenen Planungen unzureichend waren, ist nicht fair. Das Schreiben aus dem Rathaus zur Causa Klingler und die darauffolgende öffentliche Diskussion über Versäumnisse bei der Planung durch den ehemaligen Ersten Stadtrat möchte ich nicht kommentieren. Nur so viel: Da gehört immer mehr als einer dazu. Und es ist leichter mit dem Finger auf andere zu zeigen, als eigene Versäumnisse einzuräumen.

Dieses Verhalten, eine Beschlussvorlage sprichwörtlich in der letzten Sekunde an die politischen Gremien zu geben, bezeichnet mein Parteivorsitzender als „Lampertheimer Krankheit“. Weil es leider schon zu oft so gelaufen ist. Eine wirkliche demokratische Beteiligung der politisch Verantwortlichen ist das nicht. Ich würde es fast schon als eine Geringschätzung des Stadtparlaments bezeichnen. Denn außer dem Stellen von ein paar Wohlfühlfragen und der anschließenden Zustimmung bleiben keine schadlosen Alternativen übrig. Eine Diskussion, welche über die Presse auch in die Öffentlichkeit getragen wird, kann so jedenfalls nicht zustande kommen. Und das von einem Bürgermeister, der angetreten ist die Bürgerkommune einzuführen.

Was bleibt, ist mit der Faust in der Tasche zuzustimmen. Denn, dass wir dringend die 85 Kindergartenplätze benötigen, steht außer Frage. Und um ein Exempel zu statuieren ist diese Angelegenheit viel zu wichtig. Allerdings können wir als Stadtverordnete der weiteren Ausbreitung der Lampertheimer Krankheit nicht immer tatenlos zusehen.

Die CDU-Fraktion stimmt der Beschlussvorlage zu.

Vielen Dank.